

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 9 (1917)
Heft: 3

Rubrik: Aus schweizerischen Verbänden

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Organisation besteht und der Geschäftsgang entsprechend ist, versäumen die Arbeiter nicht, sich zu melden. Auch da ist das Geltendmachen von Lohnforderungen mitunter schwierig, um wie viel schwieriger, wo die Arbeiter ganz auf das « Wohlwollen » der Herren Unternehmer abstellen sollen. Im allgemeinen haben sich Einigungsämter, da wo sie bestehen, bewährt. Der Antrag an den Bundesrat lautet:

« Zur Schlichtung von Differenzen zwischen Arbeitern oder Angestellten und Arbeitgebern über Lohn- und Teuerungszulagen, in denen zwischen den Parteien keine Einigung erzielt wird, wünschen wir die Errichtung von kantonalen Einigungsstellen. Für solche Fälle, die sich auf das Gebiet mehrerer Kantone, eventuell auf das der ganzen Schweiz, erstrecken, wird die Schaffung einer zentralen Einigungsstelle postuliert. Endlich wird seitens des Gewerkschaftsbundes die Errichtung einer eidgenössischen Werkstättekommission zur Untersuchung und Begutachtung solcher Beschwerden, die von Arbeitern eidgenössischer Werkstätten ausgehen und sich auf allgemeine Lohn- und Arbeitsverhältnisse beziehen, begehrt. »

Wir zweifeln nicht daran, dass die Schaffung dieser Einigungsstellen von der Arbeiterschaft sehr begrüsst und dass es ihnen wahrscheinlich an Arbeit nicht fehlen würde.

Man wird zugeben müssen, dass sich die gesamten Forderungen auf dem Boden des Möglichen und Notwendigen bewegen. Um so mehr sollte man aber auch erwarten, dass sie vom Bundesrat verwirklicht werden.



Das Echo von Paris.

Die Landeskonferenz der französischen Gewerkschaften, an der auch ein Vertreter der schweizerischen Gewerkschaften als Gast anwesend war, der die Frage nach der fernern Gestaltung der internationalen Beziehungen anschnitt, hat sich, wie aus dem in letzter Nummer der « Rundschau » veröffentlichten Bericht hervorgeht, im Sinne der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen ausgesprochen. Diese Entschliessung wurde überall, besonders aber in den Kreisen der deutschen Gewerkschaften, mit grösster Freude begrüsst. Wir wollen die hauptsächlichsten uns zu Gesichte gekommenen Pressstimmen hier folgen lassen:

Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands:

« Das Bild, das uns die Weihnachtskonferenz der französischen Gewerkschaften nach den vorliegenden Berichten liefert, ist ein recht erfreuliches. Wir sehen die französischen Gewerkschaften ähnliche gewerkschaftliche Grundsätze billigen wie die, die wir vertreten, und wir dürfen mit Genugtuung feststellen, dass sie, die wirklichen Arbeiterorganisationen Frankreichs, im Gegensatz zu den die Niederlage Deutschlands fordernden sozialistischen Literaten und Schönrednern ihres Landes, offene Augen für die Notwendigkeit einer Verständigung unter den kriegführenden Völkern haben. Das in ihrer Resolution enthaltene Friedensprogramm entspricht der Auffassung, die von der deutschen Arbeiterschaft während des ganzen Krieges vertreten wurde und die schon in der Erklärung unserer Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 nachzulesen ist. Auf dieser Grundlage erscheint eine Verständigung zwischen den Arbeitern Frankreichs und Deutschlands leicht möglich. »

Die Gewerkschaft, Organ der Gewerkschaftskommission Oesterreichs: « Das Bild, das diese Konferenz bietet, ist ein recht erfreuliches. Das in ihrer Resolution enthaltene Friedensprogramm entspricht den Ansichten wohl aller ernsthaften Gewerkschafter... »

Deutsche Bergarbeiter-Zeitung: « Eine erfreuliche Kunde kommt aus Frankreich. Zu gleicher Zeit, wo der sozialdemokratische Parteitag in Paris tagte, ... fand dort auch ein Kongress des allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes statt. » Es wird dann die Resolution mitgeteilt.

Grundstein: « In diesen Erklärungen begrüssen wir das erste wirkliche Entgegenkommen auf die deutschen Bemühungen um die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen der organisierten Arbeit. Wir wollen nichts darüber sagen, dass es so lange gedauert hat. Die Gegenwart verlangt nicht Gespräche über das Vergangene. Sie kennt nur eine Forderung, die Arbeit für den Frieden. »

Dachdecker-Zeitung: « Nun scheint uns aber auch der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo sich die Arbeiter aller Länder darauf besinnen müssen, dass es jetzt für sie höchste Pflicht ist, tätig einzugreifen... Die deutschen Gewerkschaften sollten jetzt noch einmal den Versuch wagen, eine Verständigungsaktion vorzubereiten. Viel könnte dadurch gutgemacht werden, was das Vertrauen zueinander erschüttert hat. »

Berliner Vorwärts: « Wir begrüssen diesen Beschluss der französischen Gewerkschaftsossen mit hoher Freude. Die Arbeiter können Europa den Frieden wiedergeben, wenn sie einig sind. Aus den Verhandlungen der Franzosen erhebt sich mit lockender Grösse der Gedanke, den europäischen Krieg durch einen gemeinsamen Sieg der Arbeiterklasse zu beenden. Alle Kräfte des Sozialismus sollten sich vereinigen, um diesen Gedanken in die Tat umzusetzen! »

Diesen Zustimmungserklärungen steht nun allerdings die Kriegsresolution vom Jahreskongress der englischen Arbeiterpartei gegenüber. Mit grosser Mehrheit hat sich der Kongress auch gegen die Abhaltung eines internationalen Kongresses ausgesprochen. Ferner hat er eine Resolution, die die Bekanntgabe der Friedensvorschläge durch die Regierung verlangt, mit 1,7 Millionen gegen 300,000 Stimmen verworfen.

Wir wollen trotzdem die Hoffnung nicht aufgeben, dass die englischen Gewerkschaften — wenigstens zum Teil — auch ihren internationalen gewerkschaftlichen Pflichten nachkommen werden.



Aus schweizerischen Verbänden.

Eisenbahner. Seit einiger Zeit wird die Fusion der verschiedenen Eisenbahnerverbände zu einem grossen Verband sehr eifrig diskutiert. In der Tat lässt sich für die grosse Zersplitterung, die heute noch besteht, ein stichhaltiger Grund nicht anführen. Auch die Eisenbahner beginnen einzusehen, dass es sich bei ihnen je länger desto mehr nicht um Kasten- sondern um Klasseninteressen handelt. Neben den grossen Föderativverbänden: Verein schweizerischer Eisenbahnangestellter (V. S. E. A.), Verband des Personals schweizerischer Transportanstalten (V. P. S. T.) und Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten (A. U. S. T.), von denen nur der letztere dem Gewerkschaftsbund angehört, bestehen als Zentralverbände: der schweizerische Zugpersonalverein (S. Z. P. V.) und der schweizerische Lokomotivpersonalverein (S. L. P. V.), welcher letzterer ebenfalls dem Gewerkschaftsbund angehört, sodann als Ueberbleibsel des alten Lokomotivführervereins der Verein schweizerischer Lokomotivführer.

Die Durchführung der Fusion ist insofern schwierig, als der Aufbau und die Unterstützungseinrichtungen der einzelnen Verbände sehr voneinander abweichen.

Den ersten Schritt zur Vereinigung haben vor einigen Jahren die Verbände der Lokomotivführer und der Heizer getan, indem sie sich zu dem sehr leistungsfähigen S. L. P. V.

vereinigten. Seit einiger Zeit sind zwischen diesem Verband und dem S. Z. P. V., dessen Generalsekretär Genosse Huggler, früher Sekretär des Gewerkschaftsbundes, ist, Fusionsverhandlungen im Gang. Gegenwärtig ist in den Sektionen dieser beiden Verbände das Organisationsstatut für einen schweiz. Betriebspersonal-Verband (S. B. P. V.) in Beratung.

Ueber die Fusion, die auf 1. Januar 1918 perfekt werden soll, wird im Frühjahr eine Delegiertenversammlung beider Verbände und dann noch die Urabstimmung entschieden. Die Aussichten für das Zustandekommen des Projektes sind sehr günstig.

Die im Gewerkschaftsbunde organisierten Arbeiter verfolgen die Verhandlungen mit dem grössten Interesse und wünschen besten Erfolg, wird doch aus der Fusion auch eine Stärkung des Gewerkschaftsbundes resultieren, da Art. 5 des neuen Organisationsstatuts die Zugehörigkeit des neuen Verbandes zum Schweizerischen Gewerkschaftsbunde vorsieht.

Holzarbeiter. Die Parkettleger auf dem Platze Zürich sind wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen am 8. Februar in den Streik getreten. An der Bewegung sind die Parkettleger der ganzen Schweiz beteiligt, doch bleibt der Streik vorerst auf Zürich beschränkt.

Am 14. Februar fanden in Olten zentrale Einigungsverhandlungen mit den Unternehmern statt. Sie verliefen resultatlos, so dass der Kampf weiter dauert.



Ausland.

Amerika. Im November 1916 hat der Jahreskongress des amerikanischen Gewerkschaftsbundes in Baltimore stattgefunden. Aus den erstatteten Berichten ist zu entnehmen, dass der Bund in Washington ein eigenes Verwaltungsgebäude errichtet hat. Die Kosten beliefen sich auf 150,000 Dollar.

Die Zahl der Mitglieder betrug im Jahre 1913/14 2,020,671, im ersten Kriegsjahr ging sie auf 1,946,347 zurück, im zweiten stieg sie auf 2,072,702. Die Mitglieder verteilen sich auf die folgenden Organisationen: Kohlengrubenarbeiter 318,000, Holzarbeiter 197,000, Maschinenbauer 100,900, Damenkleidermacher 85,100, Maler 78,200, Strassenbahnbedienstete 64,600, Schriftsetzer 60,700 Musiker 60,000, Hotel- und Restaurantbedienstete 59,000, Wagen- und Automobilführer 59,000, Eisengiesser und Former 50,000, Brauereiarbeiter 49,600, Konfektionskleidermacher 43,000, Schuhmacher 39,000, Zigarrenarbeiter 37,000, Elektricitätsarbeiter 36,200, Barbieri 35,900, Brauereiarbeiter 32,400, Installateure 32,000, Eisenbahnkondukteure 30,800, Buchdrucker und Einleger 29,000, Hafenarbeiter 25,500, Textilarbeiter 25,000, Telegraphisten 25,000, Schiffer 21,700, Betriebsmaschinisten 21,000, Fliesenleger 18,400, Schiffbauer 18,200, Theaterbedienstete 18,000, Bäcker und Zuckerbäcker 17,500, Spengler 17,500, Feuerleute 17,000, Bergarbeiter des Westens 16,100, Kanzlei- und Handelsbedienstete 15,000, Granitarbeiter 13,100, Herrenschneider 12,000, Brücken- und Eisenkonstruktionsarbeiter 10,000, Glas- und Flaschenbläser 10,000, Metallschleifer 10,000.

Die übrigen Gewerkschaften haben weniger als 10,000 Mitglieder.

Ausser 111 Zentralgewerkschaften gehörten dem Bund noch 705 Lokalvereine und gemischte Gewerkschaften an, die zusammen 35,163 Mitglieder zählen. Die noch ausserhalb des Bundes stehenden Gewerkschaften zählen noch zirka 350,000 Mitglieder.

Im Jahre 1916 wurden 1622 Streiks und Aussperungen angemeldet mit einer Teilnehmerzahl von 260,015 Arbeitern. An Streikunterstützung wurden 2,708,789 Dollar ausgeben.

An Begräbniskosten haben 66 Verbände 2,264,610 Dollar, an Hinterbliebenenfürsorge 63,662 Fr., an Kranke 1,068,609 Dollar, an Arbeitslose 120,770 Dollar, an Reise-geld 26,284 Dollar ausbezahlt.

Mexiko. Verfolgung der Gewerkschaften. In Mexiko sind für die Gewerkschaften schwere Zeiten angebrochen. Solange Carranza und seine Anhänger sich in der Revolution befanden, um sich die Macht zu sichern, biedernten sie sich an die Arbeiterbewegung an und erliessen ein Dekret, in dem sie das Koalitions- und Streikrecht der mexikanischen Arbeiter anerkannten. Jetzt, da sie fest im Sattel sitzen, haben Carranza und seine Mitglieder ein Streikverbot erlassen, das nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch die Agitation für Streiks mit der Todesstrafe belegt. Der Grund für dieses drakonische Verbot ist der Streik der Arbeiter bei der Wasserleitung der Stadt Mexiko. Wie der Neuyorker «Call» berichtet, hat der mexikanische Gewerkschaftsbund eine Agitation eingeleitet, um Carranza zu veranlassen, das Streikverbot abzuschaffen.



Sozialpolitik.

Arbeitslosenunterstützung. Schon oft ist der Unzufriedenheit über den schleppenden Gang bei der Behandlung der Frage der Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen durch den Bund in der Arbeiterpresse Ausdruck gegeben worden. Es scheint nun, dass in den Bundeskanzleien doch endlich ein leichter Trab angeschlagen werden soll. Nach einer Mitteilung an die Presse soll nun ein Fonds angesammelt werden. Die Aeufnung dieses Fonds wäre durch einen zwanzigprozentigen Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer zu bewerkstelligen. Nach den bisherigen Ergebnissen der Steuer rechnet man mit mehreren Millionen, die auf diese Weise gewonnen werden könnten.

Wie nicht anders zu erwarten, melden sich in der Presse schon diejenigen zum Wort, die ihren Raub bedroht fühlen. Nicht aus Habsucht und Egoismus, sondern zur Wahrung der Bürgerfreiheit und Gleichberechtigung, versteht sich.

Man tut jedenfalls gut daran, wenn man auch dieses Fell nicht verteilt, bevor der Bär, aus dem leicht eine Seeschlange werden könnte, erlegt ist.

Der Bundesrat zur Lebensmittelversorgung. Nachdem der Weihnachtsfriedenstraum vor einer neuen Aufpeitschung der Kriegswut entschwand wie eine Fata Morgana und damit zu rechnen ist, dass die Zufuhr noch mehr eingeschränkt wird, hat der Bundesrat eine Reihe von Verordnungen erlassen zu dem Zweck, die vorhandenen Lebensmittel und Bedarfsartikel zu «strecken».

1. Es ist verboten, Brot an dem Tag, an dem es hergestellt wurde, zur Abgabe zu bringen.

2. Die Arbeit in den Bäckereien ist in der Zeit von 11 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten.

3. Das Mehl darf zu keinen andern Zwecken als zur Herstellung von menschlichen Nahrungsmitteln verwendet werden. Die Verfütterung an Haustiere ist verboten.

4. Lebensmittel, welche ausschliesslich vom Bunde eingeführt werden, werden nur noch an die kantonalen Regierungen geliefert, welche für ihre zweckdienliche Verteilung zu sorgen haben.

5. Das Aufkaufen von Lebensmitteln in einer den normalen Bedarf übersteigenden Höhe wird unter Strafe gestellt. Die grösste Sparsamkeit im Gebrauch von Lebensmitteln ist «vaterländische Pflicht».